

## **From the Lisbon Treaty to the Eurozone Crisis: A New Beginning or the Unraveling of Europe?**

The Brookings Institution, 02. Juni 2010

### **Panel 1: The Beginning of Europe? Transatlantic Relations in the Post-Lisbon Treaty Era**

**Heather Conley, Senior Fellow and Director, Europe Program Center for Strategic and International Studies (CSIS)**

**Mark Leonard, Executive Director, European Council of Foreign Relations (ECFR)**

**Andres Ortega, Director, Department of Studies and Analysis Presidency of the Spanish Government**

**Jeremy Shapiro, Senior Advisor to the Assistant Secretary of State for Europe and Eurasia U.S. Department of State**

Im ersten Teil der Veranstaltung sollte unter der Moderation von Fiona Hill der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung der Vertrag von Lissabon tatsächlich für die Europäische Union hat und welche Implikationen sich für die USA ergeben.

Heather Conley beginnt ihre Ausführungen damit, dass Europa zunächst hoffte, dass durch den Vertrag von Lissabon ein Paradigmenwechsel stattfinden würde. Seit dem Inkrafttreten des Vertrages am 01. Dezember 2009 musste Europa sich jedoch zahlreichen neuen Herausforderungen stellen: Nicht nur der Minimalkonsens bei der UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen, sondern auch die Finanzmarktkrise in der Eurozone machen Europa nach wie vor kräftig zu schaffen. Europa sei kein zentraler Partner für die USA beispielsweise bei Auslandseinsätzen und Rüstungsbeschränkung - Europa sei lediglich ein Mitwirkender unter vielen. Momentan sei Europa innenpolitisch selbst genug gefordert, als dass es außenpolitisch einen größeren Beitrag leisten könne. Hinzu käme, dass beide Mächte Agenden verfolgen würden, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Als Beispiel führt sie Afghanistan und Europas nicht vorhandenes Eigeninteresse, dort aktiv zu sein, an.

Auch Nachredner Mark Leonard bestätigt, dass in Europa tatsächlich zuerst die Erwartung herrschte, dass der Vertrag von Lissabon ein Triumph für Europa werde. Allerdings sei anzumerken, dass Europa momentan nicht einheitlich nach außen auftreten würde. Verschiedene Zuständigkeiten und wechselnde Ansprechpartner würden zu massiven Spannungen innerhalb der EU führen. Folglich sei Europa derzeit mehr mit dem eigenen Überleben als mit seiner Außendarstellung beschäftigt. Die Akteure der Post-Lissabon-Generation sähen sich mehr mit nationalen Anliegen konfrontiert, als dass Zeit für die Stärkung der europäischen Einheit bliebe.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

JANINA A. MANGOLD

Juni 2010

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Andrés Ortega stellt klaren Bezug zur Fragestellung der ersten Diskussionsrunde her und bekräftigt, dass sich Europa momentan nicht in einer Post-Lissabon-Ära, sondern vielmehr erst in einer Übergangsphase auf dem Weg dorthin befände. Ortegas Hauptbedenken ist, dass die EU auch künftig nicht mit einer Stimme sprechen wird und keine Einheitlichkeit ausstrahlt. Abschließend betonte er, wie wichtig die transatlantischen Beziehungen nach wie vor seien, um auf globale Fragestellungen auch globale Antworten zu finden.

Der Vertreter des U.S. Department of State, Jeremy Shapiro, schließt sich seinem Vorredner an und hebt hervor, dass die USA nach wie vor Interesse an einem starken Europa haben, das geschlossen auftritt, um gemeinsam wirtschaftliche Probleme anzugehen. Er begrüßt den Lissabon-Vertrag und hofft, dass dieser Meilenstein bald zu mehr Konsistenz innerhalb Europas führe. Es würde dauern bis der Übergang zur neuen Vertragsgrundlage tatsächlich vollzogen sei, da vor allem die Einrichtung neuer Institutionen, wie dem Europäischen Auswärtigen Dienst, viel Zeit beanspruchte. Entgegen der vorherrschenden Meinung, dass die transatlantischen Beziehungen in Vergessenheit geraten seien, betont er, dass man Europa nach wie vor viel Beachtung schenke.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich insgesamt einig, dass die Vereinigten Staaten von Amerika - trotz momentaner Schwächung durch die Euro-Krise - ein enormes Interesse an Europa als starkem Partner hätten. Dies sei insbesondere damit zu begründen, dass ohne ein handlungsfähiges Europa auch globale Probleme nicht angepackt werden könnten. Man hielt es zudem für möglich, dass der Vertrag von Lissabon Europa in eine bessere Position versetze als zuvor. Derzeit stünde diesem Ziel jedoch noch der geringe Rückhalt der Bevölkerung, was jüngste Umfragen in Großbritannien und Deutschland belegten, entgegen.

## **Panel 2: The Borders of Europe? Dealing with Unincorporated Neighbors**

**Ivan Krastev, Chairman of the Board Centre for Liberal Strategies**

**Michael Leigh, Generaldirektor der GD Enlargement der Europäischen Kommission**

**Marie Mendras, Head, Policy Planning Staff French Ministry of Foreign Affairs**

**Daniel Russell, Deputy Assistant Secretary of State Bureau of European and Eurasian Affairs, U.S. Department of State**

Im Zentrum der zweiten Diskussionsrunde, unter Leitung von Steven Pifer, steht die Frage, wie Europas Grenzen künftig zu ziehen sind und wie der Umgang mit seinen Nachbarn, vor allem mit der Türkei und der Ukraine, einzuschätzen ist.

Der erste Diskussionsteilnehmer vom Centre for Liberal Strategies, Ivan Krastev, ist der Meinung, dass den Beitrittsinteressenten erst einmal vermittelt werden solle, wofür die EU tatsächlich steht und welche Werte sie vertritt bevor tatsächlich Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Dies sei auch hinsichtlich der Türkei wichtig, die nach wie vor eine Grenze Europas im Südosten darstelle.

Der Vertreter der Europäischen Kommission, Michael Leigh, wies darauf hin, dass im Großen und Ganzen alle Erweiterungsrounden, aber insbesondere die Osterweiterung der Jahre 2004 and 2007, seiner Ansicht nach klare Erfolgsgeschichten seien. Die Befürchtung, dass die EU nicht mehr funktionstüchtig sei mit 27 Mitgliedstaaten, hätte sich nicht bewahrheitet. Den-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**

JANINA A. MANGOLD

**Juni 2010**

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

noch würde dieser Erfolg von der europäischen Öffentlichkeit bislang so nicht wahrgenommen. Die Herausforderung sei es deshalb, die Unterstützung der Bevölkerung vor allem in dieser Hinsicht zu suchen und dauerhaft zu sichern.

Marie Mendras merkt als Vertreterin des französischen Außenministeriums an, dass aus der Sicht Frankreichs Europa zum einen gleichzusetzen mit der EU, zweitens zusammengesetzt aus 27 Ländern mit ihrer eigenen nationalen Identität und drittens ein Kontinent ohne fixe Grenzen sei. Die Frage, warum es trotz der ganzen Schulden und der Brüsseler Bürokratie überhaupt Beitrittsinteressenten gäbe, beantwortet sie mit dem Wunsch zahlreicher Länder, einer Gemeinschaft anzugehören.

Daniel Russell erklärte, dass die Ukraine, als eines der vielen Nachbarländer und möglicher Beitrittskandidat für die EU, sowohl für die USA als auch für Europa ein wichtiges Land sei. Allerdings sei anzumerken, dass die Ukraine sich von einer intensivierten Partnerschaft mit Europa mehr verspreche wie zum Beispiel Freihandelsabkommen.

Zum Schluss der zweiten Diskussionsrunde war man sich einig, dass die Orangene Revolution in der Ukraine sicherlich die politische Kultur des Landes nachhaltig verändert hätte. Staatsaufbau müsse dort unbedingt geleistet werden, um dem Land eine Perspektive zu geben und die Chancen auf einen Beitritt zu verbessern.

### **Panel 3: The End of Europe? The Impact of the Crisis on European Integration**

**Scheherazade Rehman, Professor and Director EU Reserach Center George Washington University**

**Ralf Fücks, Co-President Heinrich Böll Foundation**

**Loukas Tsoukalis, President Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP) und Professor of College of Europe,**

**Andrew Moravcsik, Professor und Direktor für das European Union Program an der Princeton University**

Bei dieser dritten und letzten Diskussionsrunde stand die Frage der Entstehung und Lösung der Krise der Eurozone im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurde die Zukunft Griechenlands intensiv diskutiert. Moderiert wurde dieser Teil von Justin Vaïsse.

Scheherazade Rehman unterstrich zu Beginn, dass die Annahme, die "No bail out"-Klausel wende mögliche Gefahren ab, in ihren Augen ein Trugschluss war. Eine Währungsunion sei nur so stark wie das schwächste Glied. Auf die Frage, wie man mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit umgehen müsse, entgegnete Rehman, dass dies institutionell geschehen müsse. Die Eurozone bestünde nicht länger aus mehr oder weniger homogenen Staaten, sondern vielmehr aus einer „gesunden“ Gruppe und einer „wankenden“ Gruppe von Mitgliedstaaten. Dass dies auch den Wechselkurs nicht unberührt ließe, sei ihrer Ansicht nach offensichtlich.

Der deutsche Diskussionsteilnehmer Ralf Fücks, stellt in seinen Ausführungen vor allem Deutschlands Rolle in der Euro-Krise heraus. Die deutsche Regierung und insbesondere Angela Merkel ließen sich momentan durch fehlende politische Führungskraft charakterisieren. Es sei der Alptraum für deutsche Steuerzahler, nur für zahlungsunfähige Mitgliedsstaaten aufkommen zu müssen. Fücks ist dennoch überzeugt, dass der Krise mit neuen Leitlinien

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**

JANINA A. MANGOLD

**Juni 2010**

**[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)**

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

entgegen gewirkt werden kann, um so Unterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten der Union zu verringern und Konsolidierung zu schaffen.

Loukas Tsoukalis merkt an, dass Griechenland deshalb ein besonders schwerwiegender Fall sei, da es sich hierbei um eine Kombination aus drei Versagen handle: Neben einem physischen und finanziellen Verfall, sei auch ein starker Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber der griechischen Regierung zu beobachten. Griechenland sei ein Präzedenzfall, da man daran erkennen könne, wie nationale Regierungen mit der EU in Ausnahmesituationen zusammenarbeiten. Obwohl die Aufgabe, mit der sich Griechenland derzeit konfrontiert sieht, enorm sei, geht Tsoukalis davon aus, dass das Land weiterhin der Eurozone angehören wird.

Andrew Moravcsik beginnt damit, dass Europa nach wie vor eine große Bedeutung in der Welt zukommt aus folgenden drei Gründen:

1. Militärische Stärke (Truppenstärke und –ausrüstung)
2. Zivile Stärke (Handelsmacht, Eintreten für Sicherheit und Frieden)
3. Innenpolitische Grundlagen (nachhaltiges Wirtschaften, funktionstüchtiges Gesundheits- und Bildungssystem)

Der Euro sei nach wie vor eine einflussreiche Währung und dominiere zusammen mit dem Dollar die Weltwirtschaftspolitik. Im Gegensatz zu den USA verfolge Europa seine allgemeinen Leitlinien sogar längerfristig. Die derzeitige Krise werde an der europäischen Stellung nichts Gravierendes ändern und wie sein Vorredner geht er davon aus, dass Griechenland weiterhin der Eurozone angehören wird.

Abschließend wurde von allen Diskussionsteilnehmern nochmals betont, wie wichtig es für Europa sei, diese Krise zu überwinden und Lehren daraus zu ziehen. Der Erfolg der Maßnahmen hänge in erster Linie aber von der Akzeptanz in der Bevölkerung ab.